

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Röditz, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 25.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 75.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1 M.



Anzeigenpreis: Die linksgepaltene Grundzeile wird mit 3,00 M. für auswärtige Besteller mit 3,50 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile folgt die dreigealtene Zeile 6,50 M., für Auswärtige 7,50 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Becker in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Becker in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 165

Dienstag, den 18. Juli 1922

72. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Reichstag geht heute in die Ferien, die Wiederaufnahme der Sitzungen ist spätestens am 17. Oktober zu erwarten.

Das deutsche Konsulat in Petersburg ist in diesen Tagen errichtet worden. Mit der Leitung der Konsulatsgeschäfte wurde Herr von Kehler beauftragt.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand beruft den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September nach Augsburg ein. Die Tagesordnung umfasst neben den regelmäßigen Berichten als besondere Punkte: Die Sozialdemokratie im Kampf um die soziale Stellung der Frau, die Justisreform und den Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm.

Die Tagung des Völkerverbundes, die heute in London ihren Anfang nimmt, wird den Blättern zufolge voraussichtlich 1. Woche dauern. Gegenstand der Beratungen werden die Mandatsfragen bilden.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Aussichten auf ein Rabenett Koronant können infolge des heftigen Widerstandes Silwinski cor der Hand als erloschen gelten.

Die streikenden amerikanischen Bergarbeiter haben den Vermittlungsvorschlag der Regierung auf Einleitung eines Schiedsgerichtes abgelehnt. Wie verlautet, soll sich die amerikanische Regierung nunmehr an das amerikanische Volk wenden, um die Streikbewegung im Bergbau und im Eisenbahnbetrieb zum Stillstand zu bringen. Auch die Verhinderung der Eisenbahnerstreikarbeiten eine Einigung zu erzielen, sind gescheitert.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Zwangsanleihe.

Nach längerer Aussprache, in der Abg. Helfferich war anerkannt, daß die Vorlage im Ausschuh eine wesentliche Besserung erfahren habe, für seine Partei aber trotzdem unannehmbar sei, solange keine Gewähr gegeben wäre, daß dieses gewaltige Opfer nicht der Reparation zuzuführen. Nach der allgemeinen Aussprache wird die Zwangsanleihe mit 70 Milliarden Mark festgelegt; bis 31. Oktober 1925 ist diese unverzinstlich, von da ab bis 31. Oktober 1930 wird sie mit 4 Prozent, dann mit 5 Prozent verzinst. Hierauf wurde der Antrag der Regierungsparteien zum Schutze der Republik einen Kredit von 75 Millionen Mark zu gewähren, dem Hauskassenausleih überwiehen.

Zum Schluß folgte die zweite Beratung über die Errichtung eines Reichspolizeiamtes und von Landestriminialpolizeibehörden. Dabei entwickelte sich eine lebhaftc Aussprache. Sie wurde in dieser Sitzung noch nicht zu Ende geführt.

Deutsches Reich

Beratung der Regierungsumbildung bis zum Herbst.

Berlin. Die innere parlamentarische Lage hat auch heute noch keine Klärung gefunden. In allen Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien wurde man sich über das Prinzip der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einig. Ueber die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die Arbeitsgemeinschaft in Erscheinung treten soll, schweben die Verhandlungen noch. Insbesondere auch über die Teilnahme der Bayerischen Volkspartei, auf deren Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft die Deutsche Volkspartei dringt. — Die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien stößt auf erneute Schwierigkeiten. Nachdem die Reichssozialdemokraten in ihrer Fraktionsitzung vom Montag die Erweiterung einer Regierungskoalition gegen drei Stimmen abzulehnen beschlossen und die Fraktionsgemeinschaft mit den Unabhängigen abgelehnt hatten, richteten sie an die Unabhängigen folgende drei Fragen: 1. Wie verhalten ihr euch zu der Frage des Eintrittes eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei in die Regierung? 2. Seid ihr mit der Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst einverstanden? 3. Wie steht ihr zu der Frage der Reichstagsauflösung? — Die Unabhängigen bejahten sich gleichfalls in einer Fraktionsitzung mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft. Sie scheinen auf ihren Eintritt in die Reichsregierung keinen unbedingten Wert mehr zu legen. Die Nachrichten von den Parteileitungen der USPD. aus dem Reich, die sich fast alle gegen eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD. aussprechen, haben ihren Eindruck auf die Fraktion nicht verfehlt. Damit hat auch die Idee der Arbeitsgemeinschaft an Anhängern innerhalb der Fraktion der Unabhängigen verloren. Die wichtige Frage für die Unabhängigen scheint nach wie vor die Frage der Gestaltung des Schutzgesetzes. In parlamentarischen Kreisen wird allgemein die Anschauung vertreten, daß die Frage der Regierungsumbildung im Augenblicke von den neuen Forderungen der Garantiekommision — man spricht von geradezu ungeheuerlichen Forderungen auf dem Gebiete der Finanzkontrolle — in den Hintergrund treten müsse.

England und das Weltproblem.

Der britische Vorschlag.

Berlin, 17. Juli.

Die „Daily News“ führen in einem sehr beachtenswerten Artikel aus, es sei unbedingt notwendig, daß ohne jeden Bezug ein Plan für die wirtschaftliche Neuordnung Europas gesucht werde. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, das Schicksal Ostereiches und der Völkerverbund der Haager Konferenz seien Vorzeichen einer Katastrophe. Die Lösung des ganzen Problems hänge mit einer englischnoznanzösischen Verständigung in der Reparationsfrage zusammen. Mit Bezug hierauf unterbreiten die „Daily News“ einen Vorschlag, der folgende 6 Hauptpunkte enthält:

1. Die französischen Schulden an England müssen annulliert werden.
2. Frankreich muß einer Herabsetzung der Reparationsschuld auf 2500 Millionen Pfund (50 Milliarden Goldmark) zustimmen.
3. Frankreich ratifiziert das Washingtoner Abkommen und reduziert seine Rüstungen auf einen noch festzusetzenden Stand.
4. Ein allgemeiner Garantieplan muß aufgestellt werden, um Frankreich gegen eventuelle Ansprüche zu sichern.
5. Eine internationale Anleihe muß zustande gebracht werden, die hauptsächlich Frankreich zugute kommen soll.
6. Deutschland muß zum Völkerverbund zugelassen werden, und zwar als ständiges Mitglied im Rahmen des Völkerverbundes.

„Observer“ vertritt die Meinung, daß das Moratorium zugunsten Deutschlands notwendig sei. Aber allein könne es keine Lösung darstellen, ohne die gesamte Revision der Reparationsfrage. Man müsse unbedingt die Gesamtsumme der Reparationen festlegen, damit der wirtschaftliche Wiederaufbau bezogen werden könne. Als Maximum müßte man die von der Bankkonferenz in Paris errechnete Summe annehmen. England sei bereit, gemeinsam die Frage der interalliierten Schulden und die Reparationsfrage zu diskutieren.

Morgan für die Anleihe.

Rotterdam, 17. Juli. „Morning Post“ meldet aus Paris: Morgan habe sich in einem Telegramm an die Reparationskommission zur Wiederaufnahme der Bankiersberatungen über die deutsche Anleihe bereit erklärt. Morgan halte aber an der Vorbedingung fest, daß ein Verzicht der Reparationskommission auf Zwangsmaßnahmen, Beschlagnahmungen und Sanktionen vorher auszusprechen sei.

Der drohende Bankrott Frankreichs und Italiens.

Genf, 17. Juli. Der „Temps“ meldet aus Rom, daß das italienische Budget mit 11 Milliarden Fehlbetrag abschließe, wozu Verpflichtungen an England und Amerika in Höhe von 22 Milliarden Goldlire treten.

Der „Temps“ schreibt dazu, die Gefahr eines Ruins Italiens und Frankreichs sei heute dringender, als die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands. Blieben die Zahlungen Deutschlands aus, so sei der Bankrott beider alliierten Länder in ein bis zwei Jahren herbeigeführt.

Deutschland das Sowjet-Paradies.

Der Berliner Havas-Vertreter meldet, Tschitschewin, der nach Moskau zurückberufen worden ist, lehnte die Rückkehr nach Moskau ab wegen Fortdauer seiner Erkrankung, in Wirklichkeit weil er sich im Berliner Weiten angefaßt habe. Joffe, der in Heringsdorf eine Villa erworben hat, sei wegen Erkrankung seiner Frau an der Abreise verhindert. Der im Haag weilende Litwinoff hat in Berlin-Potsdam ein Grundstück erworben, Gorki, der seit sechs Monaten in Berlin zur Kur weilt und in Heringsdorf sich neben Joffe angefaßt hat, lehnt den Ruf zur Rückkehr nach Rußland ab, ohne einen Grund hierfür anzugeben. Diese widerwilligen Sowjetrußen rechnen mit dem Zusammenbruch des ganzen Sowjetstaates, wenn Prag keine Kredite bringen und Lenins Regierung unfähig bleiben werde.

Friedensumgebung in Paris.

Sonntag abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Es beteiligten sich daran Vertreter der englischen und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat führte in seiner Rede aus, das Schicksal Europas spiele sich augenblicklich in Deutschland ab. Was sich in Frankreich, England und Rußland ereignete, sei sehr wichtig; aber was sich in Deutschland ereignete, sei entscheidend. Es hängt — sagte Sembat — zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede siegt oder unterliegt. — Der englische Abgeordnete Wallhead erklärte, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands wolle eine Revision des Versailler Vertrages, dessen Klauseln Deutschland in eine Stellung völliger Inferiorität brächten. Dieser Vertrag mache sowohl aus den Siegern als auch aus den Besiegten ruinierte Völker. — Der belgische Sozialistenführer Vandervelde sagte, wir haben schon vor sechs Monaten erklärt, eine internationale Anleihe und die Herabsetzung der deutschen Schulden seien notwendig. Unsere Gegner haben erklärt, wir seien verrückt. Heute aber nehmen sie schon unseren Standpunkt an. Die reichen Mächte sind vollgepfropft mit Geld. Sie müssen am Wiederaufbau teilnehmen. — In über achtzig Städten Großbritanniens werden gegen Ende dieses Monats aus Anlaß des Jahrestages des Kriegsausbruches Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltet werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Juli.

Der Gesetzentwurf über die Besichtigung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Danach soll alles Notgeld binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingelöst werden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kollage der Presse. Der Ausschuh sieht in der Regierungsvorlage das Mindestmaß dessen, was zur Unterstützung der Presse gesehen muß. Der Ausschuh will die gesamte Ausfuhr mit einer Sonderabgabe von 1 1/2 pro Mille zugunsten der Presse belasten. Weiter wurde gewünscht, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften unterstützt werden. Die Regierung hat die Berücksichtigung dieser Wünsche in ihren Ausführungsbestimmungen zugesagt. Grundtätlich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Interatendruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes hat der Ausschuh vom 31. Dezember 1923 bis zum 31. März 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hält es für zweifelhaft, daß das Gesetz die von der Presse erhoffte günstige finanzielle Wirkung haben werde. Leider sind in den letzten Monaten viele Zeitungen eingegangen und andererseits in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir können die Presse nicht der strapelosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben. Für einen demokratischen Staat ist eine unabhängige Presse eine Notwendigkeit. Die Kollage der Presse fördert auch die Gefahr einer gewissen Korruption, wie sie in einem Teile der ausländischen Presse schon besteht. (Kauf bei den Kommunisten: Bei uns auch schon.) Der Versuch, erhebliche Beträge für die notleidende Presse aus dem Holzverkauf herauszuholen, mußte sich angesichts der Widerstände auf eine Abgabe von 1/2 v. H. beschränken. Gegen die Abgabe für sämtliche Ausfuhrartikel von 1 1/2 v. T., wie sie vom Ausschuh beschlossen worden ist, hat die Regierung keine Bedenken.

Abg. Höllein (Komm.) bezeichnet das Gesetz als unzulänglich.

Nach längerer Aussprache und Ablehnung von Kommunisten- und Zentrumsanträgen wird ein Antrag Bruhn (Dnat.) und Fortmann (Zent.) und Genossen angenommen; wonach die Zeitungen mit geringerem Papierverbrauch bei der Rückvergütung besser bedacht werden sollen als die großen Zeitungen. Im übrigen werden die Ausschuhbeschlüsse bestätigt. Die Verabschiedung des Gesetzes in dritter Lesung kann nicht sofort erfolgen, weil Abg. Jugenberg (Dnat. Vp.) widerspricht. Die am Sonnabend wegen Beschlußfähigkeit abgebrochene zweite Beratung der Novelle zum

Erbschaftsteuergesetz

wird dann abgeschlossen. Die Ausschuhbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt.

In Dänemark. Von... auf Einladung der... Anzahl deutscher Ferien... Sie wurden von dem... und dem... empfangen, bewirtet und... von hier aus wurden... Erholungsurlaub... überführt. Im... Teilen Deutschlands... hohung werten. Wie man... Dänemark gut aufgehoben... beste Verpflegung... In einem... (Saarbrücken) wurden... ammt bloßgelegt und... abburg verbracht. Dieser... Höhe von 1,5 Meter... Fußknoten von fast...

Als Geschenk... Regierungspräsident... die vereinigten... Ausbau der Burg als... zinsloses Darlehen von... einer bemerkenswerten... den jungen... Wandern tiefe Heimat... die Liebe zu dem...

Am Sonntag ist auf... Koppel A.-G. ... eine Waggonhalle... einem Großfeuer zum... in die Millionen... der Welt geschleitet... Das französische Schiff... der Welt, ist auf einem... von Neu-Kaledonien ge...

Vater der deutschen... Jahre verstorbenen Ge... sich um den Rhein... Kanal, den Rhein-Elbe... außerordentliche Bes... Anrechnung des Mittel... i. W. an der Stelle... en großen Wasserbauten... eröffnen, ein Denkmal...

Schiff explodiert. Aus... Luftschiff, das im ver... Regierung aus England... eine Explosion, deren... werden konnte, gerät... mesiel Menschenopfer zu...

Bei Ihrer... berückichtigt werden... (freig.) „Anarchist“... werden Sie zum Hof...

Sie öffnen die Ge... Die schon... wo der Winter da ist...

etwas bloß aus, aller... ist auch heute nacht... Sollte Willen einnehmen... der Dunkelheit über...

deutschen Kultur.

führt die... Doerffeldt.

empfiehlt die... Tagel.-Druckerei.

ungen

amburg

-Gössnitz

chnell.

TO JAEGER

ternat. Spekt.